

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Andrej Hunko, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Ulla Jelpke, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Anstrengungen des EU Internet Forums zur Entfernung von Internetinhalten und zum Zugang von Polizei und Geheimdiensten zu Verschlüsselung

Am 3. Dezember 2015 startete das „Forum der Internetdienstleister“ aus damals 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Europol, der Europäischen Kommission, dem Auswärtigen Dienst und mindestens sechs Internetanbietern (Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Kommission vom 16. März 2016, E-002230-16). Ziel des „Forums“ ist die möglichst schnelle Beseitigung unliebsamer Internetinhalte und/oder deren Beobachtung. So soll erörtert werden, „welche Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Propaganda im Internet und in den sozialen Medien eingesetzt werden können“. Das „Forum der Internetdienstleister“ soll außerdem „schwerpunktmäßig“ erörtern, welche weiteren Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Propaganda im Internet und in den sozialen Medien eingesetzt werden können (Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Kommission, Antwort vom 16. Juli 2015, E-006551/2015). Hierzu gehören auch „Herausforderungen“ in Bezug auf neue Verschlüsselungstechniken.

Vertreter der Kommission und von Europol sind laut der Kommission zu Treffen in die USA gereist, um die Beziehungen „mit bereits an dem Forum beteiligten Internetunternehmen zu vertiefen, Kontakte zu weiteren Unternehmen zu knüpfen und sich deren Engagements für die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpakets im Rahmen des EU-Internetforums zu vergewissern“. Die Kommission will diese Bemühungen verstärken. Am 31. Mai 2016 stellte die Kommission einen Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hetze im Internet vor, auf den sie sich zuvor mit Facebook, Microsoft, Twitter und YouTube geeinigt hat (Bundestagsdrucksache 18/8845).

Am 8. Dezember 2016 soll ein weiteres Treffen des „Forums der Internetdienstleister“ stattfinden (www.statewatch.org/news/2016/nov/eu-council-CTC-implementation-a-t-strategy-13627-%20ADD-1-16.pdf). Der EU-Anti-Terrorismus-Koordinator fordert dort „zusätzliche Schritte“ der privaten Firmen, unter anderem durch die Errichtung einer gemeinsamen Meldeplattform für inkriminierte Inhalte („industry-wide Joint Referrals Platform“). Geplant ist die automatische Entfernung markierter Inhalte bereits beim Upload. Das Bundesministerium des Innern teilt die Ansicht, ein solcher Uploadfilter sei „bei den Unternehmen anzuesiedeln“ (Bundestagsdrucksache 18/8845). Eine Software zur Entfernung extremistischer Inhalte beim Upload hat das internationale „Counter Extremism Project“ (CEP) vorgestellt (Pressemitteilung Counter Extremism Project vom 17. Juni 2016). Das Verfahren basiert auf PhotoDNA, einer Anwendung die von Microsoft ursprünglich für die Bekämpfung von Kinderpornografie entwickelt wurde. Möglich ist die Detektion von Video- und Audioinhalten. Die auch

beim Bundeskriminalamt (BKA) „als Implementierung in forensischen Tools“ eingesetzte Software PhotoDNA (Bundestagsdrucksache 18/9267) nutzt Hash-Algorithmen, um von Bildinhalten einen „Fingerabdruck“ zu erstellen und inhaltsgleiche oder ähnliche Bilder wiederzuerkennen. Außer Microsoft haben bereits mehrere Internetdienstleister, darunter Facebook, Google, Youtube und Twitter, PhotoDNA auf ihren Servern installiert.

Weiterhin unklar ist jedoch, wo die für einen Uploadfilter benötigte gemeinsame Datenbank mit Hashwerten von Dateien mit „extremistischen oder terroristischen Inhalten“ geführt würde und wer die zu entfernenden Dateien bestimmen soll (Bundestagsdrucksache 18/9267). Der EU-Anti-Terrorismus-Koordinator schlägt vor, Meldungen zu entsprechenden Inhalten könnten demnach durch vertrauenswürdige Hinweisgeber („trusted reporters“) erfolgen. Ihre Informationen zu bestimmten Inhalten sollten von den Anbietern auf ihren Webseiten veröffentlicht werden. Im Rahmen des Programms „Civil Society Empowerment“ will die Europäische Kommission eine gemeinsame, private Meldeplattform mit 10 Mio. Euro fördern (www.statewatch.org/news/2016/nov/eu-council-implementation-anti-terrorism-strategy-13627-16.pdf).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Internetanbieter, welche Mitgliedstaaten und welche Einrichtungen der Europäischen Union sich derzeit am „EU Internet Forum“ beteiligen, und welche Teilnehmenden das Forum bereits verließen?
 - a) Auf welche Weise und mit welchen Vorhaben sind der Ständige Ausschuss für die innere Sicherheit (COSI) und die inzwischen als Ratsarbeitsgruppe firmierende „Gruppe der Freunde der Präsidentschaft Cyber“ im „EU Internet Forum“ engagiert?
 - b) Wer gehört der „Gruppe der Freunde der Präsidentschaft Cyber“ an?
2. Welche Ergebnisse wurden zu den Themen erzielt, die laut dem EU-Anti-Terrorismuskoodinator darin bestanden, dass „gemeinsam mit der Branche die Möglichkeit einer automatisierten Erkennung ausgelotet werden [sollten], um Entfernungen, die Kofinanzierung einschlägiger Initiativen und Lösungen für eine zeitnahe freiwillige Zusammenarbeit bei elektronischen Beweismitteln (Teilnehmer- und Transaktionsdaten) zu erleichtern“ (Ratsdokument 13627/16)?
 - a) Welche Reisen haben europäische Teilnehmende nach Kenntnis der Bundesregierung im Auftrag bzw. Zusammenhang des EU Internet Forums bereits zu Internetanbietern in den USA unternommen, und welche Firmen wurden dabei besucht?
 - b) Was ist der Bundesregierung über Ziele und aufgesuchte Gesprächspartner einer entsprechenden Reise der Europäischen Kommission und Europol bekannt?
3. Welche „Expertentreffen“ des EU Internet Forums haben nach Kenntnis der Bundesregierung bislang stattgefunden und wer nahm daran teil?
4. Welche Treffen des EU Internet Forums auf Ministerebene haben nach Kenntnis der Bundesregierung bislang stattgefunden, und wer nahm daran teil?
5. Welchen Inhalt hatten die bilateralen Gespräche, in denen „Vertreter des BKA sowie der Bundeszentrale für politische Bildung“ mit der britischen Research, Information and Communications Unit (RICU) „in Kontakt standen“ haben (Bundestagsdrucksache 18/9267)?

6. Im Rahmen welcher Vorhaben und Maßnahmen ist das EU Internet Forum nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich des (direkten) Zugangs von Polizeien und Geheimdiensten zu digitalen Beweismitteln bei Internetanbietern engagiert?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung das vom EU-Anti-Terrorismus-Koordinator benannte Problem, wonach Polizeien und Geheimdienste vor dem Problem stehen, das „Carrier Grade Network“ (vermutlich sind IPv4-Adressen gemeint) unterlaufe die Anstrengungen von Sicherheitsbehörden, Straftaten im Cyberraum bestimmten IP-Adressen zuzuordnen?
 - b) Im Rahmen welcher Vorhaben und Maßnahmen ist das EU Internet Forum im Bereich des Zugangs von Polizeien und Geheimdiensten zu verschlüsselten Telekommunikationsinhalten engagiert?
7. Auf welche Weise könnte das EU Internet Forum aus Sicht der Bundesregierung den Zugang zu „extremistischen oder terroristischen Inhalten“ weiter erschweren, wie sollte die Zusammenarbeit mit Internetdienstleistern hierzu ausgebaut werden, und welche Gesetzgebungsverfahren strebt die Bundesregierung hierzu an?
8. Was ist der Bundesregierung über Vorschläge oder Pläne anderer Regierungen bekannt, neben der Cybercrime-Konvention des Europarats („Budapest Convention“) auch bei den Vereinten Nationen eine Cybercrime-Konvention zu verabschieden, und aus welchen Gründen stehen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (soweit aus Diskussionen in Ratsarbeitsgruppen bekannt) diesen Vorschlägen oder Plänen ablehnend bzw. befürwortend gegenüber?
9. Inwiefern und durch welche Maßnahmen sollte das Internet aus Sicht der Bundesregierung auch vermehrt mit „Gegenerzählungen“ gefüllt werden, damit die „Werbeplattform Internet“ nicht dem IS überlassen werde (domradio.de vom 28. November 2014, „Innenminister fordert Verteilung von Flüchtlingen“)?
 - a) Mit welchem Ziel bzw. welchen Vorschlägen soll die Erhöhung des Volumens von „Gegenerzählungen“ im Internet bei dem EU Internet Forum am 8. Dezember behandelt werden (Ratsdokument 13771/1/16)?
 - b) Was kann die Bundesregierung über die Umsetzung von Vorschlägen mitteilen, „anerkannte Youtuber“ für die Verbreitung von „Gegenerzählungen“ zu gewinnen, damit diese durch eine „authentische Ansprache [...] junge, politikferne Zielgruppen“ erreichen und dabei „Orientierungswissen vermitteln“ und „aufklärend und deradikalisierend“ wirken (FAZ vom 17. August 2015)?
 - c) Welche Blogger oder sonstigen im Bereich sozialer Medien bekannten Personen haben eine solche Mitarbeit zugesagt?
10. Was ist der Bundesregierung über Zuwendungsempfänger bzw. Vorhaben des „Civil Society Empowerment Programme“ der Europäischen Union bekannt?
11. Was ist der Bundesregierung über Zielsetzung und Beteiligte des „European Strategic Communications Network“ bekannt, das am 1. Oktober 2016 aus dem „Syria Strategic Communications Advisory Team“ hervorging (Ratsdokument 13627/16)?
 - a) Wie ist die Arbeit des Netzwerks geregelt, wer übernimmt dessen Vorsitz bzw. Sekretariat, und wo ist es angesiedelt?
 - b) Aus welchen (Unter-)Arbeitsgruppen besteht das Netzwerk?

12. Auf welche Weise ist der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit mit der Erstellung von „Gegenerzählungen“ zu von terroristischen Organisationen verwendeten radikalen Botschaften befasst?
13. Was ist der Bundesregierung über den Stand der Entwicklung einer gemeinsamen Meldeplattform mit Internetdienstleistern bekannt?
 - a) Inwiefern hat die Bundesregierung mittlerweile ihre Haltung zur Frage abgestimmt, ob die gemeinsame Meldeplattform Uploads lediglich auf Inhalte überprüfen soll, die bereits einmal hochgeladen wurden, oder ob europäische Kriminalämter (inklusive Europol) dort auch unveröffentlichtes Material zur etwaigen Löschung durch die Internetanbieter hinterlegen sollten (Bundestagsdrucksache 18/9267)?
 - b) Inwiefern bzw. mit welchen Einschränkungen könnte aus Sicht der Bundesregierung die Europol-Auswertedatei „Check the Web“ für eine gemeinsame Meldeplattform genutzt werden?
14. Was ist der Bundesregierung über einen Vorschlag des EU-Anti-Terrorismus-Koordinators bekannt, wonach Meldungen zu inkriminierten Internetinhalten durch vertrauenswürdige Hinweisgeber („trusted reporters“) erfolgen könnten?
15. Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Frage, welche Personen oder Organisationen diese Aufgabe als „vertrauenswürdige Hinweisgeber“ übernehmen könnten?
16. Was ist der Bundesregierung über Teilnehmende des am 24. November 2016 startende „Justizexpertenetzwerk für cyberpolitische Fragestellungen“ (EJCN) bekannt (cilip.de vom 30. Oktober 2016)?
17. Auf welche Weise wird sich das EJCN mit den Themen „Zugang zu verschlüsselten Internetinhalten“, „Entfernung von Internetinhalten“ und „Erlangung elektronischer Beweismittel“ befassen?
 - a) Was ist der Bundesregierung über Pläne der Europäischen Kommission oder des Rates bekannt, einen Legislativvorschlag für den direkten Zugang für Ermittlerinnen und Ermittler bzw. Justizbehörden zu elektronischen Beweismitteln vorzulegen?
 - b) Auf welche Weise könnten Internetanbieter aus Sicht der Bundesregierung zu einer Zusammenarbeit verpflichtet werden, auch wenn diese ihren Sitz nicht in einem EU-Mitgliedstaat haben, dort jedoch Dienste anbieten?
18. Wie viele Online-Inhalte sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der Europol-Auswertedatei „Check the Web“ gespeichert (bitte sowohl gespeicherte Dateien als auch die Gesamtzahl der Einträge angeben)?
19. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, wie viele Löschanträge die „Meldestelle für Internetinhalte“ an Internetdienstleister seit ihrem Bestehen an Internetdienstleister richtete, und wie vielen dieser Aufforderungen Folge geleistet wurde?
 - a) Wie viele dieser Löschanträge bzw. Meldungen kamen aus den EU-Mitgliedstaaten?
 - b) Wie viele dieser Löschanträge bzw. Meldungen kamen von deutschen Polizeibehörden?

20. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, auf welche Weise die „Meldestelle für Internetinhalte“ bei Europol ihre erweiterte Zuständigkeit für zunächst „terroristische Inhalte“, später „Schleusungskriminalität“ und schließlich „hybride Bedrohungen“ umsetzt?
 - a) Auf welche Weise könnte die „Meldestelle“ aus Sicht der Bundesregierung auch gegen „Radikalisierung und Anwerbung von Terroristen“ tätig werden?
 - b) Wie viel Personal ist derzeit bei der „Meldestelle für Internetinhalte“ beschäftigt, und welcher Aufwuchs ist geplant bzw. beschlossen?
21. Inwiefern ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die „Meldestelle für Internetinhalte“ außer „salafistische“ oder „jihadistische“ auch Beiträge von als „linksextremistisch“ bezeichneten Personen oder Gruppen aufspüren und/oder zur Entfernung melden sollte?
22. Welche entsprechenden Diskussionen, Vorschläge oder Pläne zur Ausweitung des Aufgabenspektrums der „Meldestelle für Internetinhalte“ auf Beiträge von als „linksextremistisch“ bezeichneten Personen oder Gruppen sind der Bundesregierung auf EU-Ebene bekannt?
23. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die „Meldestelle für Internetinhalte“ im Herbst oder Winter 2016 sogenannte gemeinsame Aktionstage durchführen will, und wer nimmt daran teil?
24. Was ist der Bundesregierung über Pläne von Europol bekannt, in den nächsten Monaten Strafverfolgungspartner zusammenzubringen, um sich über bewährte Verfahren bei der Bekämpfung der Vorgehensweise von Terroristen im Internet auszutauschen?
25. Was ist der Bundesregierung über Pläne von Europol bekannt, zum Thema „Verschlüsselung“ bzw. Zugang von Polizeien und Geheimdiensten zu Inhalten derselben eigene (Unter-)Arbeitsgruppen oder ähnliche Plattformen zur Kooperation einzurichten?
 - a) Wer gehört diesen Arbeitsgruppen oder Plattformen an?
 - b) Ab wann sollen die Arbeitsgruppen oder Plattformen arbeitsfähig sein, und welche Zielsetzung bzw. Aufgaben verfolgen diese?

Berlin, den 21. November 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

